

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
und dem Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Datenreport 2006

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland

Auszug aus Teil II



Bundeszentrale für politische Bildung

9 Einstellungen zur Rolle der Frau

Die Rolle der Frau in Familie und Beruf hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert: Die Zahl der Ehescheidungen nimmt zu, die Geburtenrate sinkt und die Erwerbsquote der Frauen steigt. Im Folgenden wird untersucht, wie sich verschiedene Einstellungen zur Rolle der Frau verändert haben, die wichtige Indikatoren für das gesellschaftliche Klima bezüglich der Gleichstellung von Mann und Frau darstellen. Für Westdeutschland liegen Daten vor, die bis 1982 zurückreichen. Für Ostdeutschland kann die Entwicklung seit 1991 nachgezeichnet werden. In einem ersten Schritt werden einige Einstellungen zur Rolle der Frau im Zeitvergleich zusammenfassend dargestellt. In einem zweiten Schritt werden einzelne Ergebnisse zu zentralen Fragen präsentiert.

9.1 Die Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und zu den Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit im Zeitvergleich

Hinsichtlich der Einstellungen zur Rolle der Frau können zwei Dimensionen unterschieden werden: die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und die Einstellungen zu den Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit. Erstere bezieht sich auf Vorstellungen über die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau sowie den Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau. Letztere betrifft die Einstellungen über die Konsequenzen ihrer Berufstätigkeit, z. B. für die Erziehung der Kinder. In Tabelle 1 ist dargestellt, anhand welcher Frageformulierungen diese beiden inhaltlichen Dimensionen erhoben werden.

Die vorliegende Analyse unterscheidet zwischen einem »traditionellen« und einem »modernen« Verständnis der Frauenrolle. Als »traditionell« wird ein Rollenverständnis dann bezeichnet, wenn eine Frau primär zu Hause bleibt, sich um die Erziehung der Kinder und den Haushalt kümmert und ihre eigene berufliche Karriere einen nur geringen Stellenwert hat. Geht die Frau hingegen einer Erwerbstätigkeit nach, soll ihre Rolle als »modern« bezeichnet werden. Einstellungen werden ebenfalls als modern gewertet, wenn die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für deren Kinder positiv eingeschätzt werden.

Den Tabellen 2 und 3 ist zu entnehmen, dass der Anteil von – in diesem Sinne – modernen Einstellungen über die Jahre hinweg in West- und Ostdeutschland immer größer wird. Für die Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau ist für beide Landesteile, nach nur geringen Veränderungen in den 1990er-Jahren, zwischen 2000 und 2004 eine starke Zunahme moderner Einstellungen festzustellen.

Dabei zeigt sich, dass sich die Ostdeutschen im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und die Konsequenzen der Berufstätigkeit der Frau deutlich moderner äußern als Westdeutsche, wobei diese Unterschiede bei der Einschätzung der Konsequenzen der Berufstätigkeit der Frau größer sind als bei den Fragen zur Rollenverteilung. Dieser Befund ist nicht zuletzt auf die unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Kontextbedingungen zurückzuführen, die in den neuen Bundesländern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ermöglichen bzw. notwendig machen.

Tab. 1: Einstellungen zur Rolle der Frau:
Frageformulierungen und deren Zuordnung zu inhaltlichen Dimensionen sowie die Klassifikation der Antworten

Dimension	Frageformulierung	Zuordnung der Antworten zu einem traditionellen oder modernen Rollenverständnis	
		Zustimmung	Ablehnung
Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau	»Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.«	traditionell	modern
	»Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.«	traditionell	modern
	»Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.«	traditionell	modern
Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau	»Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.«	traditionell	modern
	»Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.«	modern	traditionell
	»Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.«	modern	traditionell

Da sich die Erwerbsquoten der Frauen und die Kinderbetreuungsmöglichkeiten in West und Ost im Trend angleichen (aber noch deutlich unterscheiden), hätte man erwarten können, dass sich auch die Einstellungen der West- und Ostdeutschen bezüglich der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau angleichen werden. Wie aus Tabelle 3 jedoch ersichtlich ist, gleichen sich die Einstellungen beider Gruppen nicht an, sondern werden gleichermaßen moderner, allerdings auf unterschiedlich hohem Niveau.

Tab. 2: Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau
Anteil moderner Äußerungen

	Ost					West				
	1991	1996	2000	2004	1982	1991	1996	2000	2004	
	in %									
Insgesamt ¹	67	74	75	86	32	56	58	61	68	
Geschlecht										
Männer	65	75	74	86	32	56	55	59	67	
Frauen	70	74	77	86	32	56	61	62	70	
Alter										
18-30 Jahre	83	86	82	92	57	73	81	80	84	
31-45 Jahre	76	84	82	89	37	66	72	74	84	
46-65 Jahre	62	67	73	86	21	47	45	55	63	
über 65 Jahre	34	59	59	74	10	25	22	28	33	

¹ Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004.

Männer und Frauen unterscheiden sich kaum im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau (vgl. Tab. 2); dies gilt für West- und für Ostdeutschland. Frauen schätzen aber in beiden Landesteilen die Konsequenzen ihrer Erwerbstätigkeit für die Kinder weniger negativ ein als die Männer. Dieser Unterschied ist im Westen stärker ausgeprägt als im Osten. Auch dies kann wieder mit der Erfahrung ostdeutscher Familien mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erklärt werden: In Ostdeutschland konnten und können mehr Männer die Erfahrung machen, dass die Erwerbstätigkeit der Frau nicht zu negativen Konsequenzen führt, so wie es westdeutsche Männer offensichtlich befürchten.

Den stärksten Einfluss auf die Einstellungen zur Rolle der Frau hat das Alter der Befragten. Im Großen und Ganzen sind jüngere Menschen moderner eingestellt als

Tab. 3: Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau
Anteil moderner Äußerungen

	Ost					West				
	1991	1996	2000	2004	1982	1991	1996	2000	2004	
	in %									
Insgesamt ¹	74	80	83	88	29	43	46	53	59	
Geschlecht										
Männer	70	76	81	85	25	37	40	46	50	
Frauen	77	84	85	92	32	49	52	60	67	
Alter										
18-30 Jahre	79	78	84	85	37	50	55	65	61	
31-45 Jahre	78	82	87	90	34	53	53	57	70	
46-65 Jahre	70	79	80	90	24	36	42	50	55	
über 65 Jahre	64	80	82	87	16	28	26	41	40	

¹ Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004.

ältere. Dies gilt für beide untersuchten Dimensionen und trifft auf West- und Ostdeutschland gleichermaßen zu.

Aus Tabelle 2 ist ersichtlich, dass sich in Ostdeutschland die Einstellungen der unterschiedlichen Altersgruppen zur traditionellen Rollenverteilung zwischen 1991 und 2004 angenähert haben. Betrug die Differenz bei der Zustimmung 1991 noch ca. 50 Prozentpunkte, so hat sich diese bis 2004 auf ca. 22 Prozentpunkte verringert. Im Gegensatz dazu näherten sich die Einstellungen der einzelnen Altersgruppen im Westen für den Zeitraum 1982–2004 nicht an, sondern vergrößerten sich sogar. Bemerkenswert ist eine Trendwende bei den 18 bis 30- sowie 31 bis 45-Jährigen in West- und Ostdeutschland hinsichtlich der Vorstellungen zur Rollenverteilung. Während zwischen 1996 und 2000 eine Stagnation bzw. sogar ein leichter Rückgang moderner Werte festzustellen war, nimmt der Anteil moderner Einstellungen 2004 wieder zu: Der Trend zu modernen Werten bei den älteren Generationen ist dagegen im Westen und im Osten über die Zeit ungebrochen.

Für die Einschätzung der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau ist festzustellen, dass die Unterschiede zwischen den Altersgruppen im Westen und im Osten über die Zeit relativ stabil bleiben (vgl. Tab. 3). Im Osten finden sich dabei nur geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen, während im Westen die jüngeren Gruppen deutlich seltener als die älteren Gruppen negative Konsequenzen für die Erziehung der Kinder erwarten, wenn die Frau auch erwerbstätig ist.

Im Folgenden werden nun drei ausgewählte Fragen zur Rolle der Frau etwas genauer betrachtet. Diese beziehen sich auf die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, auf den Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau und auf die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für ihre Kinder.

9.2 Traditionelle Arbeitsteilung

Im Verlauf von mehr als zwei Jahrzehnten ist die Zustimmung zur traditionellen Arbeitsteilung von 1982 bis 2004 in Westdeutschland stark zurückgegangen (vgl. Tab. 4). Nach einer Stagnation in den 1990er-Jahren ist für alle hier untersuchten Gruppen in nahezu gleicher Weise eine starke Abnahme traditioneller Einstellungen zur Arbeitsteilung zu verzeichnen. Waren im Jahr 2000 noch insgesamt ca. 50 % der Befragten im Westen der Ansicht, dass »es für alle Beteiligten viel besser sei, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt«, so sind es 2004 nur ca. 40 % der Befragten. Junge Menschen sind bezüglich der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau weitaus moderner eingestellt als die älteren. So stimmen im Jahre 2004 beispielsweise nur 22 % der unter 30-Jährigen einer traditionellen Arbeitsteilung zu, während dies bei 71 % der über 65-Jährigen der Fall ist. Für verheiratete Frauen lässt sich auch ein deutlicher Einfluss ihres Erwerbsstatus feststellen: Ca. 53 % der nicht berufstätigen, aber nur 21 % der berufstätigen Frauen stimmen den traditionellen Vorstellungen zu. Im Hinblick auf den Bildungs-

abschluss zeigt sich, dass mit steigender Bildung die Zustimmung zur traditionellen Arbeitsteilung sinkt.

In Ostdeutschland ist die »Wiederbelebung« traditioneller Werte, die bei allen untersuchten Gruppen im Osten zwischen 1996 und 2000 zu beobachten war, nicht mehr festzustellen. Ihr folgt im Jahr 2004 eine umso stärkere Hinwendung zu einer moderneren Arbeitsteilung.

Tab. 4: Traditionelle Arbeitsteilung

	»Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert« «Stimme voll und ganz zu« bzw. »Stimme eher zu«									
	Ost					West				
	1991	1996	2000	2004	1982	1991	1996	2000	2004	
	in %									
Insgesamt ¹	33	26	31	17	70	50	50	49	40	
Geschlecht										
Männer	35	27	35	19	71	51	53	51	40	
Frauen	30	26	27	16	70	49	47	47	40	
Verheiratete Frauen ²										
berufstätig	23	18	19	6	54	31	30	30	21	
nicht berufstätig	37	30	36	21	85	58	65	62	53	
Alter										
18-30 Jahre	22	18	21	10	48	33	30	29	22	
31-45 Jahre	26	18	25	13	65	39	35	38	25	
46-65 Jahre	37	31	34	18	79	60	62	54	47	
über 65 Jahre	53	38	46	29	90	77	80	78	71	
Bildung										
Hauptschulabschluss	45	38	46	29	80	64	66	61	56	
mittlere Reife/poly-technische Oberschule	27	19	25	15	62	43	43	41	30	
Abitur/Fachabitur	19	16	17	5	44	27	25	33	20	

¹ Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

² Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004.

9.3 Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau

Im Jahr 1982 waren in Westdeutschland 52 % der Befragten der Ansicht, dass es für eine Frau wichtiger sei, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen. 2004 wird diese Einstellung nur noch von ca. 24 % der Befragten geteilt (vgl. Tab. 5). Im Osten reduziert sich der bereits 1991 geringe Anteil von 30 % auf nur noch 13 % im Jahr 2004.

Insgesamt findet sich bei der Einschätzung des Stellenwerts der Berufstätigkeit der Frau ein ähnliches Muster wie bei der Zustimmung zur Frage traditioneller Arbeits-

teilung. Frauen sind darauf bezogen moderner eingestellt als Männer, berufstätige Frauen äußern sich moderner als nicht berufstätige Frauen, junge Menschen moderner als ältere und Menschen mit einem hohen Bildungsabschluss moderner als Menschen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss. Auf die Annäherung zwischen den Einstellungen in West und Ost in den 1990er-Jahren folgen 2004 größere Unterschiede zwischen den Landesteilen. Dabei sind die Unterschiede zwischen West und Ost bei den nicht erwerbstätigen Frauen, den über 65-Jährigen und Personen mit Hochschulabschluss am größten.

Tab. 5: Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau

	»Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.«									
	»Stimme voll und ganz zu« bzw. »Stimme eher zu«									
	Ost					West				
	1991	1996	2000	2004	1982	1991	1996	2000	2004	
	in %									
Insgesamt ¹	30	25	28	13	52	32	34	32	24	
Geschlecht										
Männer	30	23	30	14	50	30	34	33	24	
Frauen	31	27	27	13	54	34	35	32	24	
Verheiratete Frauen ²										
berufstätig	20	19	20	6	47	25	23	22	15	
nicht berufstätig	41	33	40	17	53	41	48	41	33	
Alter										
18-30 Jahre	19	15	22	8	31	20	16	16	13	
31-45 Jahre	23	16	23	11	47	20	22	21	12	
46-65 Jahre	35	32	31	12	60	43	44	38	27	
über 65 Jahre	54	37	41	24	75	54	66	59	53	
Bildung										
Hauptschulabschluss	46	40	39	22	61	42	47	45	37	
mittlere Reife/polytechnische Oberschule	22	15	24	11	42	30	26	25	17	
Abitur/Fachabitur	16	12	16	4	29	16	18	16	10	

¹ Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

² Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004.

9.4 Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für die Kinder

Hinsichtlich der Einschätzung der Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit für die Kinder zeigen sich größere Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen als bei den beiden vorherigen »normativen« Fragestellungen. Sind beispielsweise im Jahr 2004 63 % der Westdeutschen der Ansicht, dass ein Kleinkind darunter leidet, wenn seine Mutter berufstätig ist, so sind im Osten nur 29 % dieser Ansicht (vgl.

Tab. 6). Interessanterweise ist im Osten zwischen 1991 und 2004 für alle Gruppen eine starke Zunahme moderner Einstellungen festzustellen, im Westen hingegen nur bei den erwerbstätigen verheirateten Frauen.

Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den Alters- und den Bildungsgruppen sowie zwischen den erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen verheirateten Frauen bezogen auf die Einstellungen zu den Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau im Osten durchweg niedriger als im Westen Deutschlands. Dies ist möglicherweise eine Folge der im Osten weitverbreiteten auch Generationen übergreifenden Erfahrung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Tab. 6: Konsequenzen der Erwerbstätigkeit

	»Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist«									
	»Stimme voll und ganz zu« bzw. »Stimme eher zu«									
	Ost					West				
	1991	1996	2000	2004	1992	1991	1996	2000	2004	
	in %									
Insgesamt ¹	58	49	41	29	88	76	76	71	63	
Geschlecht										
Männer	59	49	43	35	88	79	80	77	70	
Frauen	57	49	39	23	87	73	72	66	56	
Verheiratete Frauen ²										
berufstätig	54	46	30	19	77	71	64	52	42	
nicht berufstätig	61	52	41	23	93	75	77	78	68	
Alter										
18-30 Jahre	47	45	42	33	82	68	67	58	57	
31-45 Jahre	55	43	39	27	87	70	69	66	53	
46-65 Jahre	64	54	40	27	90	83	81	76	65	
über 65 Jahre	63	54	47	30	93	85	88	84	80	
Bildung										
Hauptschulabschluss	63	52	45	29	88	81	82	76	73	
mittlere Reife/poly-technische Oberschule	53	46	42	30	88	75	74	66	56	
Abitur/Fachabitur	56	48	32	23	84	65	64	64	51	

¹ Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

² Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004.

9.5 Zusammenfassung

In Ostdeutschland findet sich sowohl im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau als auch im Hinblick auf die Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit eine größere Zustimmung zu modernen Werten als in Westdeutschland. Die Einstellungen zur Rolle der Frau näherten sich in West und Ost in

den letzten Jahren nicht an, vielmehr vergrößerten sich die Unterschiede im Zeitraum 1991 bis 2004, da im Osten die modernen Einstellungen stärker zunahmen als im Westen. West- und Ostdeutsche unterscheiden sich in Bezug auf ihre Einschätzung der Konsequenzen der Frauenerwerbsbeteiligung deutlich stärker als in Bezug auf ihre Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. Die höhere Zustimmung zu modernen Werten darf aber nicht mit der Forderung nach gleichen Erwerbschancen oder nach weiblicher Selbstentfaltung gleichgesetzt werden. Vielmehr war und ist die Erwerbsbeteiligung der Frau im Osten aufgrund ökonomischer Zwänge und unterschiedlicher struktureller Rahmenbedingungen weiter verbreitet als im Westen. Diese Erfahrung beeinflusst offenbar die Bewertung der Konsequenzen der Frauenerwerbsbeteiligung nachhaltig.

(Michael Blohm)

Magazin d. Kölns, Stadt-Anzeigers, 22.11.2006

FAMILIE

Kita-Stress statt Kneipentour

Viele junge Männer haben Angst davor, eine Familie zu gründen. Für Christof Osman gibt es nichts Schöneres

VON MICA FRANGENBERG

„Meine persönlichen Freizeitinteressen sind mir wichtiger als Heiraten und eine Familie zu gründen.“ In einer Repräsentativbefragung des BAT-Freizeit-Forschungsinstitutes aus diesem Jahr sagten das 43 Prozent aller Männer zwischen 18 und 39 Jahren. Sport, Hobbys und Urlaubsreisen stehen bei ihnen höher im Kurs als Frau und Kinder. „Offensichtlich kommt die Rolle der Männer in der aktuellen Diskussion über die Emanzipation der Frau und ihrer Doppelbelastung viel zu kurz“, meint Horst Opaschowski, der Leiter des Instituts. Vielen jungen Männern fehle der Mut, sich lebenslang um Kinder zu kümmern und familiäre Verantwortung zu übernehmen – und das, obwohl ihnen Familie im Allgemeinen sehr wichtig sei.

Abschied in die Häuslichkeit

„Kann ich gut verstehen“, sagt dazu Christof Osman, der sich am Ende eines langen Uni-Tages mit seinen Kindern auf einem großen blauen Sofa im Wohnzimmer fläzt. Er ist mit 23 zum ersten Mal Vater geworden, das zweite Mal mit 26. Sein ältester Sohn, Elias, ist vier Jahre alt, der kleine Linus ist eins. „Zu allererst

hat sich mal mein ganzer Freundeskreis geändert.“ Während seiner Kumpels abends weiter auf Partys gingen, verabschiedete sich der frischgebackene Papa in die Häuslichkeit. Die wenige freie Zeit, die sein Studium und seine Arbeit als wissenschaftlicher Assistent ihm lassen, schenkt er jetzt seiner Familie. „Es gibt nichts Schöneres, als nach einem ScheiBtag nach Hause zu kommen und ein fröhliches »Papa, Papa« zu hören“, sagt er und drückt seinen Sohn Linus an sich. Der hat seinem Vater gerade seine Socken geschenkt und zeigt seine nackten Füße. „Natürlich ist es manchmal nicht ganz einfach, Einladungen auszuschlagen, und klar hat man ab und an Sehnsucht nach dem alten Leben.“

Nicht mal mehr Fußball spielen geht Christof Osman regelmäßig. Freizeit plant die Familie jetzt gemeinsam, tagsüber und meistens mit anderen Familien und deren Kindern. „In den Zoo gehen ist aber auch eine schöne Sache“, sagt der junge Vater. Obwohl Christof Osman und seine Frau Anne mitten in der Kölner Südstadt wohnen, gehen sie abends selten aus. Dann genießen sie die Ruhe und ihre Zweisamkeit.

Das Leben des Biologiestudenten hat sich nicht nur äußerlich sehr verändert. Auch der Blick aufs Leben ist ein anderer: Freiheit, das sei doch nicht nur „Party machen“ und den eigenen Interessen nachgehen. „Was passiert schon Großartiges im Leben eines kinderlosen Menschen im Alter von 23 bis 27?“, fragt er und bezweifelt, ob er da wirklich so viel verpasst. „Der richtige Zeitpunkt, ein Kind zu bekommen? Wann bitte soll der sein? Findet man nicht immer Argumente dagegen?“, fragt er weiter. Sein erstes Kind war nicht geplant und dann trotzdem erwünscht. Völlig sorgenfrei und mit großer Unterstützung von Familie und Freunden seien er und seine Frau damals an die neue Herausforderung herangegangen. „Irgendwie geht alles“, ist sich Christof Osman noch sicherer geworden.

Das Geld wird knapper, das Leben reicher

Die Angst junger Männer vor dem Verlust von Lebensqualität und Wohlstand, von der in der Umfrage die Rede ist, kann auch er gut nachvollziehen. Osman berichtet von Freunden, die beide schon im Job standen, als das erste Kind kam. „Die Frau wollte zu Hause bleiben – da fehlte dann ein Gehalt.“ Die jungen Männer unserer Wohlstandsgesellschaft möchten sich aber nicht einschränken, behaupten die Freizeitforscher. „Umstellungsschwierigkeiten“ nennen sie das. „Vielleicht sollten die einfach früher mit dem Kinderkriegern anfangen“, meint Christof Osman. Mit 23 habe er nämlich nichts gehabt, was er hätte einschränken können: kein Geld, kein Auto, keine Ansprüche. Mit der Geburt des ersten Kindes bekam die kleine Familie finanzielle Hilfe von einer Stiftung, Erziehungs- und Kindergeld vom Staat. „Für uns ein Vermögen“, sagt Christof Osman. Mit dem Geld bauten sie sich ihr erstes kleines Nest. Parallel dazu begann der Vater, sein Studium zielgerichtet voran zu treiben. Wenn im März nächsten Jahres

das Erziehungsgeld ausläuft, wird Christof Osman hoffentlich seine Doktorarbeit fertiggeschrieben haben. Den Wohlstand seiner Familie kann er dann aus eigener Kraft erhöhen.

Über die Behauptung, dass Kinder weniger Lebensqualität bedeuten, kann er nur lächeln. „Sämtliche Beziehungen, die zu meiner Frau, zu meinen Eltern und zu neuen Freunden haben sich verfestigt und intensiviert.“ Reich sei das Leben geworden. „Allerdings“, unterbricht er sein Schwärmen dann, „ist das Leben in Köln mit Kindern nicht immer erfreulich.“ Lange haben die Osmans eine passende Wohnung gesucht und sind dabei nicht auf viel Familienfreundlichkeit gestoßen. Auch die Betreuungssituation für Elias und Linus zu organisieren sei nicht leicht gewesen. Betreuungsplätze in derselben Kindertagesstätte waren nicht zu bekommen. Deshalb bringt Christof Elias morgens in die eine und seine Frau den kleinen Linus in eine andere Einrichtung. Auf die Fahrerei würden die beiden gerne verzichten.

„Auf solche Negativ-Ge-

schichten stoßen junge Männer doch an jeder Ecke“, sagt Osman. Natürlich mache das Angst. Er findet es wichtig, dass Wirtschaft und Politik stärker an einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Familien arbeiten. „Niemand wird sich allein wegen mehr Geld oder mehr Betreuungsplätzen für ein Kind entscheiden, beides sind aber positive Zeichen.“

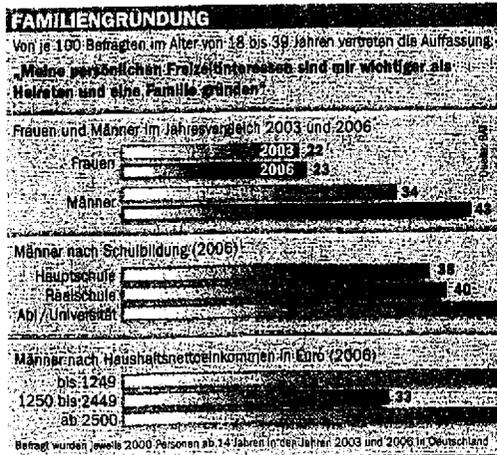
Elias und Linus sind bettfertig und liefern sich im Kinderzimmer noch ein kleines Kämpfchen mit Ritterschwertern. Christof Osman nimmt auf dem großen blauen Sofa seine Frau Anne in den Arm. Die sieht glücklich aus und sagt: „Uns wird viel Respekt entgegenge-

bracht. Wir haben was Tolles geschafft, und das macht uns stolz.“ Christof Osman findet es schwer, die Bedenken von Männern, eine Familie zu gründen, mit Argumenten zu entkräften. „Meine Jungs sehen mir sehr ähnlich“, sagt er. „Ich würde anderen Männern gerne beschreiben können, was man fühlt, wenn man sein Kind vor sich hat und in seine eigenen lachenden Augen blickt.“



Jungster Vater: Christof Osman mit seinen Söhnen Elias (4, Mitte) und Linus (1).

BILD: MAX GRÖNERT



LABARELLE 5/2006

Bund fürs Leben mit dem Vergewaltiger
Fast jede vierte palästinensische Frau ist Opfer häuslicher Gewalt. Zu diesem Ergebnis kommt die amerikanische Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW). Die Vertreter appellieren an die Autonomiebehörde, Maßnahmen zu ergreifen, um sexuellen Missbrauch der Frauen zu verhindern sowie die Täter zu verfolgen und zu bestrafen. HRW stützt sich z. T. auf Material des palästinensischen Statistikamtes, z. T. auf Untersuchungen lokaler Frauengruppen. In den Gesetzbüchern taucht das Problem der sexuellen Gewalt gar nicht erst auf. Doch auch Misstrach und Vergewaltigung außerhalb der Ehe sind ein großes Problem. Das in den Palästinensergebieten geltende jordanische Recht erlässt Vergewaltigen die gesetzliche Verfolgung, wenn sie eine Ehe mit ihrem Opfer zusimmen. (gendermag 08/11/06)

Gewaltschutzgesetz für Frauen in Indien
Frauen in Indien sind oftmals gesetzlich vor häuslicher Gewalt geschützt. Das Ende Oktober in Kraft getretene Gesetz droht Männern Haft und hohe Geldstrafen an, wenn sie ihre Partnerinnen schlagen oder bedröhen. Es bezieht sich nach Regierungangaben auch auf Männer und deren Familien, die Frauen mit Forderungen nach einer höheren Mithgh unter Druck setzen. Damit sollen Fälle verhindert werden, in denen Indinnen wegen einer vermeintlich zu geringen Mithgh umgebracht werden. Unter das Gesetz fallen verbaler, körperlicher, sexueller, seelischer und wirtschaftlicher Misstrach. Wer dagegen verstößt, kann mit einem Jahr Haft und 20.000 Rupien (390 €) Strafe belangt werden. Die Regierung habe seit langem versucht, Frauen vor häuslicher Gewalt zu schützen, erklärte das Ministerium für Frauen und Kindesentwicklung. Rund 70 Prozent der Indinnen seien in der einen oder anderen Form Opfer dieser Gewalt. Das Gesetz sieht vor, dass der Beschuldigte seine Unschuld beweisen muss. Außerdem darf die Frau in der gemeinsamen Wohnung wohnen bleiben. (Mfr Frauen 4/2006)

Aktionsplan der Bundesregierung
Die Bundesregierung will im 2. Halbjahr 2007 einen neuen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorlegen, der den ersten Aktionsplan aus dem Jahr 1999 ersetzen soll. Voraussichtliche Schwerpunkte des Plans sind Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt und zur Eindämmung von Frauenhandel und Zwangsprostitution. Der 2. Aktionsplan soll in einer Zusammenarbeit mit den Veranstaltungen zur nationalen Umsetzung des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle“ gestellt werden.

Familienfraunetzliche Arbeitsplätze
Mit dem Pilotprojekt „Mentoren-Ausbildung für familienfreundliche Arbeitsplätze“ wollen die Bundesministerin und das Frauenministerium Nordrhein-Westfalen ab Dezember 2006 kleine und mittelständische Unternehmen bei der Umsetzung einer familienbewussten Personalpolitik unterstützen. Es werden noch Bewerberinnen für die Ausbildung zu Mentorinnen gesucht. Info-Tel. 05241-51.81.217. (fpd 04/12/06)

Weniger Unterfahrsatzanspruch für Frauen
„2007 tritt es voraussichtlich in Kraft. Das neue Unterhaltsrecht bringt vor allem für geschiedene Frauen Änderung.“ Darauf hat das Frauenbüro der Stadt Münster hingewiesen. Die geschiedenen Frauen würden in Zukunft nicht mehr mit langen Unterhaltszahlungen rechnen können, sondern sollen ihre Existenz eigenständig sichern.“ Der Anspruch der Kinder auf Unterhalt werde dagegen gestärkt. Das Gesetz, heißt es in einer Veröffentlichung des Frauenbüros, spreche „die Sprache einer neuen Familienpolitik“. Das Büro verweist auf die Notwendigkeit, über die Folgen der Neuregelung für Frauen und die Notwendigkeit von Vorsorge zu informieren. (fpd 14/12/06)

Geschlechtergerechtigkeit im Bundeshaushalt
- Eine Überprüfung des Bundeshaushalts 2007 auf Geschlechtergerechtigkeit hat stattgefunden.“ Dies hat die Bundesregierung der Linkenaktion im Bundestag versichert. Es sei „unersucht worden, welche Bedeutung der Gesetzwort für die Gleichstellung von Mann und Frau hat.“ Die Verpflichtung zur Untersuchung des Haushalts auf Folgen für die Gleichstellung habe unabhängig von einer von der früheren Bundesregierung im Auftrag gegebenen Studie des Bundesfamilienministeriums zur „geschlechterdifferenzierten Analyse der öffentlichen Finanzen“ bestanden. Die Studie „Gender Budgeting“ liegt der Bundesregierung vor, über ihre Veröffentlichung sei aber noch nicht entschieden. Die Bundesregierung versicherte im Übrigen, alle ihre Ressorts hätten „jeweils für sich Mechanismen geschaffen, um Artikel 3 GG, § 2 BGGG und § 2 GG0 umsetzen zu können“. Auch unterstütze das Genderkompetenzzentrum „alle Ressorts bei der Entwicklung geschlechtersensibler Projekte und Gesetze“. Die veröffentlichte Studie regt die Einführung neuer Kriterien für die Aufstellung von Haushalten nach dem Grundsatz der Geschlechtergerechtigkeit an, ferner Berichtsfristlichen und die Berandung eines Expertenteils für Gender Budgeting. Wichtig sei der „Aufbau eines geschlechterbezogenen Informationssystems zum Haushalt“ durch Erhebung und Auswertung der erforderlichen Daten.

Schlechte Noten

Auf der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zum Thema „Gender Budgeting – Neue Perspektiven für die Gleichstellungspolitik?“ am 27.11.06 in Berlin hat sich Bundesfinanzminister Peer Steinbrück grundsätzlich zu Gender Budgeting bekannt. Die Bundesregierung hat sich auch bereit erklärt, im Rahmen der im Januar 2007 beginnenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine europaweite Konferenz zu Gender Budgeting zu veranstalten. Die Grundlein von Competence Consulting, Christine Fäber, Hauptreferentin der FES-Tagung, betonte, „dass die Struktur der staatlichen Einnahmen und Ausgaben erheblichen Einfluss auf die Gleichberechtigung“ habe. Allerdings erhalte Deutschland in den UN-Berichten zu Gender Budgeting „regelmäßig schlechte Noten“. Als konkretes Beispiel für gleichstellungspolitisch verteilte Haushaltspolitik nannte sie die jährlich 200 Millionen Euro, die z. B. über das Ehegattensplitting im Steuerrecht, in die „Subventionierung von Hausfrauen“ fließen. (fpd 14/12/06)

Kampagne „Ihre Freiheit - seine Ehre“ gestartet
Integrationsminister Armin Laschet hat am 10. November 2006 in Düsseldorf zusammen mit Migrantenselbstorganisationen die Kampagne „Ihre Freiheit - seine Ehre“ gestartet. „Mit der Kampagne wollen wir den notwendigen gesellschaftlichen Dialog anstoßen, aufklären und sensibilisieren.“ Hauptziel der Kampagne ist eine Postkartenaktion, hinzukommen Theaterbesuche, Diskussionsveranstaltungen und Tagungen. „Es ist bereits Gewalt, wenn junge Menschen, vor allem Frauen, zu einer Eheschließung gezwungen werden. Im Gegensatz zur arrangierten Ehe, die auch bei uns vor nicht all zu langer Zeit noch üblich war, ist Zwangsheirat mit unserer Rechtsordnung nicht vereinbar“, so der Minister. Die wichtigste Maßnahme ist nach Auffassung des Ministers die frühe Aufklärung über die Werte des Grundgesetzes und ihr konsequentes Einfordern gegenüber allen, die hier leben möchten. „Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist - wie andere Grundwerte unserer Gemeinschaft - nicht verhandelbar. Gerade junge Männer müssen erkennen, dass es ehrenvoll ist, sich für die Freiheit, die unsere Verfassung gewährt, auch bei ihrer Schwester, ihrer Tochter, ihrer Mutter einzusetzen. Der gegenseitige Respekt vor der Freiheit des Individuums prägt unsere Gesellschaft und muss Basis einer gemeinsamen Leitkultur sein“, so Minister Laschet. Weitere Informationen: Webseite des Aktionsbündnisses <http://www.ehre.nrw.de>; Auf der Internetseite des Aktionsbündnisses können sich weitere Mitstreiterinnen eintragen, hier gibt es Informationen zur Kampagne und den Mitgliedern des Aktionsbündnisses, sowie die Postkarten. Die LAG NRW ist Unterstützerin der Aktion.

♀

Elterngeld-Gesetz

Das Gesetz zum Elterngeld und zur Erziehungszeit (BEEG) tritt am 01.01.2007 in Kraft. Für Geburten ab dem 01.01.2007 tritt das Elterngeld an die Stelle des bisherigen Erziehungsgeldes. Es ersetzt 67 % des nach der Geburt eines Kindes wegfallenden Erwerbseinkommens bis maximal 1.800 € und beträgt auch für nicht erwerbstätige Elternteile mindestens 300 €. Für Geringverdiener, Mehrkindfamilien und Familien mit einer Mehrlingsgeburt wird das Elterngeld erhöht. Für Kinder, die vor dem 01.01.2007 geboren wurden bzw. werden, kann wie bisher Erziehungsgeld in Anspruch genommen werden. Der persönliche Elterngeldanspruch kann mit Hilfe eines Elterngeld-Rechners auf den Internet-Seiten des Bundesfamilienministeriums (www.bmfsfj.de) errechnet werden. (fpd 14.12.06)

♀

Mindestlohn

Für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohn hat sich die Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrats in Berlin ausgesprochen. In dem Beschluss der nationalen Vertretung der deutschen Frauenorganisationen heißt es, eine Vollzeitbeschäftigung müsse „grundsätzlich zu einem Einkommen führen, das nicht nur die ‚nackte Existenz‘ sichert, sondern auch die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben des jeweiligen Landes ermöglicht“. – Während die Wirtschaft einen gesetzlichen Mindestlohn grundsätzlich ablehnt, stehen ihm die SPD positiv und die Union negativ gegenüber. (fpd 14.12.06)

♀

Arbeitszeiten rund um die Uhr

Scharfe Kritik an der Freigabe der Landesöffnungszeiten übt die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Nach Ansicht von ver.di ist die Liberalisierung frauen- und familienfeindlich. „Es kann nur als heuchlerisch angesehen werden, wenn einerseits beklagt wird, dass Kinder und Jugendliche in den Familien zu wenig Unterstützung erhalten, andererseits aber die Familien durch Arbeitszeiten rund um die Uhr immer stärker unter Druck geraten“, heißt es in einer Erklärung von ver.di Hessen in Frankfurt. Probleme wie die Kinderbetreuung blieben ungelöst, und es sei absehbar, dass sich die Arbeitsbedingungen für die mehrheitlich weiblichen Beschäftigten im Einzelhandel weiter verschlechtern. (fpd 14.12.06)

Das Allerletzte

Das P.T. Magazin ist das offizielle Magazin der Oskar-Patzelt-Stiftung, eingetragen im Stiftungsregister des Regierungsbezirkes Leipzig unter Nr. 2/1998. www.oppt.de

Im Präsidium der Stiftung sitzen derzeit der brandenburgische Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns, der saarländische Wirtschaftsminister Hanspeter Georgi, der Minister und Bevollmächtigte Baden-Württembergs beim Bund Wolfgang Reinhart, der Unternehmer Jürgen Preiss-Daimler und Dr.-Ing. Victor Stimming, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes Brandenburg.

Die Redaktion ist erreichbar unter <mailto:redaktion@op-pt.de>, die Stiftung unter mailto:oppt@gmx.de



Zum Titelblatt des Heftes 9/2006 erschien folgender Leserbrief

Zu: Cover-Bild September-Ausgabe

„Ihr Titelbild der Ausgabe September/Oktober ist unerträglich frauenfeindlich. Ihr eigentlich seriös gemeintes Blatt disqualifiziert sich mit diesem Titelbild selbst. Ihre Zeitschrift wird in unserer Stadtverwaltung gelesen, weil es teilweise wichtige Informationen bringt. Mit diesem Titelbild ist das nicht zu vereinbaren. Wen glauben Sie damit zu erreichen? Zählen Sie nur Männer zu Ihrer Leserschaft, die man immer noch mit dem Leitspruch ‚Sex sells‘ ködern kann? Sind Sie immer noch der Meinung, Frauen würden sich nicht informieren oder nicht zu den Entscheidungsträgern in diesem Land gehören und deshalb könnten sie

mal eben, en passant sozusagen, diskreditiert werden? Ich werde mich in unserem Haus dafür einsetzen, dass wir dieses Blatt nicht mehr abonnieren.“

Dipl.-Ing. Stefanie Rohbeck, Dietzenbach

Anmerkung der Redaktion:

Sehr geehrte Frau Dipl.-Ingenieurin! Ihr Leserbrief ist unerträglich unsubstantiiert. Ihre möglicherweise seriös gemeinte Kritik disqualifiziert sich aufgrund fehlender Argumentation selbst. Was verstehen Sie unter „frauenfeindlich“? Und warum unterstellen Sie undifferenziert „Männern“, man könne sie mit einem Leitspruch ködern? Sind Sie immer noch der Meinung, Männer würden sich in diesem Land alles bieten lassen und deshalb könnten sie mal eben, en passant sozusagen, diskreditiert werden? Ich werde mich in unserem Haus dafür einsetzen, solchen Schwachsinn künftig nicht mehr kommentieren zu müssen!

Ulrich Rothe, Redakteur PT. Verlag

Bundestag

Unterhalt

Reform zu Lasten von Frauen

zwd Berlin (mih) - Die geplante Änderung des Unterhaltsrechts (BT 16/1830) würde eine soziale Schieflage zu Lasten geschiedener Frauen weiter zementieren, kritisierte die Rechtsanwältin Margret Diwell als Sachverständige bei einer Anhörung des Bundestags-Rechtausschusses. Auch eine nachträgliche Anwendung auf „Altfälle“ lehnte die Anwältin am 16. Oktober ab.

Ein Großteil der Expertinnen begrüßte gleichzeitig die geplante Stärkung des Kindeswohls, nach der Kinder künftig in der Rangfolge der Unterhaltsberechtigten an erster Stelle stehen. Für die geschiedenen Ehepartner gilt der Grundsatz finanzieller Eigenverantwortung: „Nach der Scheidung obliegt es jedem Ehegatten, selbst für seinen Unterhalt zu sorgen“, lautet das Leitbild des reformierten Unterhaltsrechts. Mögliche Ausnahmen: ein Elternteil kann keine Erwerbstätigkeit wegen der Betreuung von Kindern aufnehmen, oder die Ehe war von „langer Dauer“. Auch die Ansprüche von „aktuell erziehenden“ Eltern teilei wider Ehen sollen verbessert werden. Damit will die Bundesregierung das Familienrecht an die „geänderten Verhältnisse und den eingetretenei Wertewandel“ anpassen.

Gesetz fußt auf Wünschen, wie weit Gleichstellung ist

Konkret könnte dies bedeuten, dass eine geschiedene Frau erst Geld zu erwarten hat, wenn der Lebensunterhalt außerordentlich Kinder ihres Ex und dessen neuer Freundin gesichert ist. Die wirtschaftlichen Folgen einer geschiederten „Hausfrauen-Ehe“ gingen im neuen Recht einseitig zu Lasten der (ehemaligen) Hausfrau, bemängelte der Regensburg-Rechtswissenschaftler Professor Jürgen Schab. Zudem sei eine gute Vollzeitbeschäftigung gerade für Frauen nach einer Familienphase oftmals in weiter Ferne, gab die Sachverständige Diwell zu bedenken. Das Gesetz sei dem gesellschaftlichen Wandel voraus: „Die geänderte Rollenverteilung innerhalb der Ehe mit zwei er-

werbstätigen und damit (wirtschaftlich) gleichberechtigten Partnern ist Wunschenken.“ Stattdessen öffne der Entwurf Tor und Tür, „die Ersterfrau im Mangelfall gegen die Zweitefrau oder die neue Partnerin ohne Ehe auszutauschen“.

Prozessflut ist absehbar

Heftig kritisierte die Anwältin deshalb auch den Plan, das reformierte Familienrecht nachträglich auf bereits bestehende Unterhaltstitel anzuwenden: Sie befürchtet nicht nur eine Jahre dauernde Ungewissheit in der Rechtsprechung und eine Prozessflut, sondern auch massive Verschlechterungen für Frauen. ■

Nationaler Integrationsplan - Gleichberechtigung als Querschnittsthema

Bundeskanzlerin Merkel hatte mit dem Integrationspiel am 14. Juli 2006 den Startschuss für die Erarbeitung des Integrationsplans gegeben. Vertreterinnen und Vertreter maßgeblicher politischer und gesellschaftlicher Gruppen sollen dazu in sechs Arbeitsgruppen miteinander diskutieren, der Nationale Integrationsplan soll in sechs Arbeitsgruppen erstellt werden. Die Themen reichen von Bildung über Sprachförderung, Weiterentwicklung der Integrationskurse bis hin zur Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit. Das Thema der Arbeitsgruppe 4 „Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern: Gleichberechtigung verwirklichen“, die am 07.11.06 mit Bundesjustizministerin Zypries ihre Diskussion eröffnet hat, ist eine Querschnittsaufgabe. Zwar garantiert das Grundgesetz in Artikel 3 die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, aber die Lebenswirklichkeit sieht oft anders aus: Frauen und Mädchen aus Zuwandererfamilien haben wesentlich schlechtere Chancen, selbst zu bestimmen, wie sie ihr Leben führen wollen. Junge Frauen unterliegen häufig anderen Zwängen als ihre männlichen Altersgenossen. Die Ursachen sind vielfältig, eine wichtige Ursache liegt gewiss darin, dass männliche Zuwanderer Schwierigkeiten haben, die Geschlechtergleichung von Mann und Frau zu akzeptieren, so das Bundesjustizministerium in seiner Pressemitteilung vom 07.11.2006. „Wenn wir etwas für Mädchen und Frauen tun wollen, dann werden wir auch offen über Männer sprechen müssen“, so Zypries. Weitere Informationen: http://www.bmi.bund.de/nd/0,DfPressesPressemittellungen_58.htm?2druck=1&pressenartikel_id=2593

BAG-Bundeskonferenz

„Erfolgreich zwischen allen Stühlen“

zwd Köln (es) – Zukünftig müssten sich die politischen Maßnahmen stärker an der Geschlechtergerechtigkeit orientieren, forderte die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros (BAG) auf ihrer 18. Bundeskonferenz, die vom 5. bis 7. November in Köln stattfand. Als „erfolgreich zwischen allen Stühlen“ werteten die Gleichstellungsbeauftragten ihre Arbeit und warteten gleichzeitig vor dem weiteren Aufbau der frauenpolitischen Netzwerkstrukturen auf kommunaler Ebene.

Der nordrhein-westfälische Frauenminister Armin Laschet (CDU) appellierte in seinem Grußwort an die rund 400 anwesenden kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, „künftig noch mehr als bisher auf Kooperation in Bund, Land und Gemeinden zu setzen, sowie sich vor Ort weiterhin als Mütterinnen zwischen den unterschiedlichen Organisationen und Interessengruppen einzusetzen.“ Nur so werde es gelingen, dass die Chancen, die die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen bieten, sich tatsächlich auch als Chancen für Frauen erweisen und von Frauen genutzt werden können.

Von den Nachbarn lernen

Eva-Maria Weiskopp-Deffa, Leiterin der Abteilung Gleichstellung im BMFS-FJ, beschrieb am Beispiel europäischer Nachbarländer unterschiedliche Modernisierungsstrategien. Frankreich besitze ein hoch professionalisiertes System der Betreuung und Erziehung, enthalte sich jedoch der Einflussnahme auf die Arbeitsteilung in den Familien. In Skandinavien versuche man hingegen, Männer und Väter für die Übernahme von Sorge- und Hausarbeit zu gewinnen. Mit dem neu konzipierten Elterngeld, das ab 2007 gezahlt wird, verfolge Deutschland den Weg der nordeuropäischen Länder, denen die Gleichstellung der Geschlechter überaus wichtig sei. Gleichstellungsorientierte Familienpolitik stehe nicht im Gegensatz zu einer konsequenten Frauenpolitik, sondern unterstütze und ergänze sie.

Gleichstellungspolitik bis hin zur Forderung nach einem neuen Feminismus habe derzeit Konjunktur, stellte Professorin Barbara Holland-Cunz von der Justus-Liebig-Universität in Gießen in ihrem Vortrag Bundesarbeitsgemeinschaft über die Gleichstellungspolitik im 21. Jahrhundert fest. Doch auch die Old Boys' Networks seien dabei, sich neu zu formieren, warnte sie. Die Politikwissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt Frauenforschung erwartet, dass der Feminismus sich im Rahmen neuer Themen und Diskurse deutlicher artikuliert. Entwicklungen wie der demographische Wandel, wachsende Konflikte zwischen den Kulturen, die Refeudalisierung von Teilhabeberechtigten entspringen nicht zuletzt dem Geschlechterverhältnis und beeinflussen seine Entwicklung.

Im Fokus: Strukturfragen

Ersthaft in Gefahr sehen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten die frauenpolitischen Netzwerkstrukturen auf kommunaler Ebene. Eine aktuelle Umfrage der BAG belege die immer schwieriger werdenden Arbeitsbedingungen der Frauenbeauftragten, prangerte Christel Steylaers in ihrer Rede im Namen der BAG-Bundessprecherinnen an. „Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben die EinwohnerInnenengrenzen zur pflichtigen Bestellung heraufgesetzt. Indes hat es Baden-Württemberg noch immer

nicht geschafft, Frauenbeauftragte in der Gemeindeordnung zu verankern.“ Die Forderung nach „Frauenpolitik jetzt“ sei deswegen aktueller und existenzieller denn je.

Zustimmung zum AGG

Zahlreiche Foren und Workshops befassten sich mit Einzelfragen, die für die Gleichstellungsarbeit besondere Bedeutung haben. Familienpolitik sei von Bevölkerungspolitik oft nicht zu unterscheiden und zeige häufig wenig Bezug zu Frauen- und Gleichstellungspolitik, resümierten die

Konferenzteilnehmerinnen. Grund-

sätzlich müsse

die Veränderung

patronaler Kultur

und Struktur Vorrang haben vor

Steuerungsversuchen mit Geld. Viele

Frauen bezweifelten, dass notwendigen politische Veränderungen zu

Gunsten eines neuen Geschlechter-

verhältnisses tatsächlich gewollt sind.

Gerade deshalb fand das neue All-

gemeine Gleichbehandlungsgesetz

(AGG) grundsätzliche Zustimmung,

auch wenn Konsens bestand, dass

viele frauenpolitische Forderungen

nicht berücksichtigt wurden. ■

Wahlergebnisse

Auf der Konferenz wurden fünf Bundessprecherinnen neu gewählt: Roswitha Bocklage (Wuppertal), Christine Kronenberg (Köln), Jutta Ohl (Kreis Steinburg), Mechthild Schramme-Haack (Region Hannover), Susanne Zinke (Kassel). Im Gremium verblieben Antje Buck (Mülheim an der Ruhr), Elisabeth Wilfert (Lüdenscheid), Gabriele Wenner (Frankfurt am Main). Sitzungsgemäß ausgeschieden sind Irene Claas, Andrea Spee-Keller, Sybille Stegemann, Christel Steylaers und Maren Wichmann. ■

„Ächtung von Altersdiskriminierung umsetzen

zwd Brüssel (mih) – Europa wird immer älter. Die höheren Lebenserwartung und geringere Geburtenquote stellt die sozialen Sicherungssysteme vor wachsende Probleme. Die EU-Kommission will diese Herausforderungen auf die Agenda der europäischen Politik bringen: Aktives Altern und die Gleichberechtigung der Geschlechter sind Punkte, an denen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) ansetzen sollen, heißt es in der offiziellen Mitteilung der Kommission „Die demographische Zukunft Europas“ vom 12. Oktober.

Als ersten Schritt hat die europäische Exekutive am 30. und 31. Oktober das „Forum zur demografischen Zukunft Europas“ veranstaltet, auf dem 400 Expertinnen und Vertreterinnen der Mitgliedstaaten über Chancen und Risiken der schrumpfenden Erwerbs- und der alternenden Gesamtbevölkerung diskutierten. Die Gleichstellung der Geschlechter sei ein wichtiger Punkt, um den Rahmen für eine „demographische Erneuerung Europas“ zu schaffen, erklärte Vladimir Spidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, bei der Eröffnung des Forums in Brüssel.

Momentan liegt die Geburtenrate in der Europäischen Union durchschnittlich bei 1,5 Kindern. Umfragen zeigten jedoch, dass Elternpaare mehr Kinder haben möchten, heißt es in der Mitteilung der Kommission. Um diese Wüschne Realität werden zu lassen, müsse die Berufswelt für Männer wie Frauen

auf eine bessere Vereinbarkeit ausgerichtet und die Betreuungsmöglichkeiten von Kleinkindern verbessert werden. Nachdem sich die Mitgliedstaaten bereits 2002 in Barcelona selbst verpflichtet hatten, das Kinderbetreuungsangebot zu verbessern, sei es nun an der Zeit, Taten folgen zu lassen, fordert die Kommission. Damals war vereinbart worden, bis 2010 Einrichtungen für mindestens 90 Prozent der Kinder zwischen drei und sechs Jahren zu schaffen. Für mindestens jedes dritte Kinder unter drei soll bis dahin ein Platz zur Verfügung stehen.

Nach Schätzungen wird sich die Anzahl der Menschen über 80 in Europa bis 2050 verdreifachen. Die Gruppe der 60- bis 79-Jährigen würde dann ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachen. Nicht nur deshalb muss die Beteiligung Älterer am Berufsleben verbessert werden,

so der Standpunkt der Kommission. Gegenwärtig beträgt die Beschäftigungsrate der 55- bis 64-jährigen Frauen in Europa 34 Prozent, Deutschland liegt mit 38 Prozent leicht über dem Durchschnitt. Die Kommission fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Beschäftigungsquote der über 55-jährigen auf über 50 Prozent zu steigern. Dazu hatten diese sich bereits 2001 verpflichtet. Prüfen will die Kommission im kommenden Jahr, ob die EU-Staaten die Richtlinie (2000/78/EG) zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, die auch Altersdiskriminierung ächtet, auch umsetzen.

Die Exekutive plant künftig alle zwei Jahre ein Demografie-Forum, das als Katalysator für Prozesse auf nationaler und lokaler Ebene wirken soll. ■

Die Mitteilung unter:
[www.frauen.zwd.info / Dokumente](http://www.frauen.zwd.info/Dokumente)

Rede der BAG-Sprecherinnen

Trotz Bundeskanzlerin: Quoten unverzichtbar

zwd Köln (utz) – Mit den Schweriner Letztätzen hatte die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros (BAG) auf ihrer Bundeskonferenz 2005 wichtige politische Forderungen dokumentiert. Auf der diesjährigen Konferenz in Köln zogen die Bundessprecherinnen in ihrer Rede entlang dieser Messlatte Bilanz: „Erfolgreich zwischen allen Stühlen“.

Als Erstes falle an der frauenpolitischen Landschaft der Bundesrepublik auf, dass es eine eigenständige Frauenpolitik kaum noch bzw. nicht mehr gebe. Mit Sorge stelle die BAG fest, dass kein Bundesland mehr eine reine Frauenministerin hat und die Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz als „ungeliebtes Anhängsel“ der Jugendministerinnenkonferenz tagt. „Das hatten wir uns anders vorgestellt“, bilanzierte BAG-

Sprecherin Christel Steyaers die im Namen ihrer Kolleginnen auf der Bundeskonferenz die Rede hielt.

Auch eine Bundeskanzlerin helfe da wenig – im Gegenteil: „Die Selbstverständlichkeit einer Frau an der Spitzenposition verstellt den Blick auf alle anderen wichtigen Ämter“, so die Analyse der BAG-Sprecherinnen.

Unter der Großen Koalition habe die Anzahl der Ministerinnen und Staatssekretärinnen abgenommen. „Frauenquoten werden zu Zeiten der Bundeskanzlerin nötiger gebraucht denn je“, schlußfolgern sie. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) selbst haben die Gleichstellungsbeauftragten in einem offenen Brief aufgefordert, sich im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im im ersten Halbjahr 2007 für Entgeltgleichheit, den wirksamen Schutz der Menschenrechte von Migrantinnen und die Einführung von Gender Budgeting einzusetzen.

Auch wenn die Lage der institutionellen Gleichstellungspolitik in Deutschland immer schwieriger werde, wollen die Gleichstellungsbeauftragten sich diesen Herausforderungen „erhobenen Hauptes“ stellen. Vor allem im ländlichen Raum seien die Frauenbüros vielfach die einzig gut etablierte Struktur für Frauen. „Die Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten führt zu Demokratieverlust, bevor noch Geschlechterdemokratie in Deutschland Realität werden konnte.“

Mit mache der konstruktive Umgang mit den Frauenbeauftragten bei der Gebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern. Diese Beispiel zeige, dass kommunale Neugliederung nicht mit einem Qualitätsverlust bei der Fraueninfrastruktur einhergehen muss. Die BAG fordert daher alle Bundesländer auf, sich gemeinsam mit den kommunalen Frauenbeauftragten um eine Sicherung der Infrastruktur zu bemühen. ■

Rente

Frauen müssen lange arbeiten

Zwd Berlin (urtz). Am 23. Oktober hat sich die Große Koalition auf Eckpunkte für eine stufenweise Anhebung des Renteneintrittsalters geeinigt. Ein Gesetzentwurf soll bis Ende des Jahres vorliegen. Frauen werden benachteiligt, so die Kritik der Grünen.

vor. In den neuen Bundesländern liegen die Zahl nur unwesentlich höher. Auch innerhalb der SPD ist die Rente mit 67 umstritten. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) hatte noch am 24. September auf ihrer Bundeskonferenz gefordert, für Frauen die Rente mit 65 beizubehalten.

Mindestalter für Witwenrente wird erhöht

Außerdem sieht die Einigung der Koalitionspartner vor, das Mindestalter für den Erhalt der Witwenrente zu erhöhen. Anfang August war von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Weiss eine Anhebung von der-

Abschlagsfrei mit 65 sollen all die- enigen weiterhin in Rente gehen können, die mindestens 45 Pflicht- beitragsjahre aus Beschäftigung, Erwerbstätigkeit, Kindererziehung und Pflege erreicht haben. Für Kin- der, die ab dem 1. Januar 1992 gebo-

Durchschnittliche Renten von Frauen und Männern (2004)

Rentenart	Alter	Witwen/ Witwenminderung	Erwerbsminderung	Insgesamt (Durchschnitt)
West	Männer 988	216	809	935
Frauen	467	553	651	505
Ost	Männer 1072	253	705	957
Frauen	663	562	664	634

Quelle: Info-Brief „Frau geht vor“ 4/06 des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Kindergartenzeiten einfließen. Das heißt, es wird von Seiten des Bundes zwar kein Beitrag in die Rentenversicherung eingezahlt, Zeiten der Kindererziehung fließen aber in die 45 Pflichtjahre ein. Betreuen Mutter oder Vater mehrere Kinder unter zehn Jahren, werden allerdings die sich überlappenden Erziehungszeiten abgezogen.

Keine Ausnahme für Frauen

Aus gleichstellungspolitischer Sicht scheint die frauenpolitische Sprechweise in der grünen Bundestagsfraktion die 45-Jahre-Regelung ab. Während knapp 40 Prozent der Männer in den alten Bundesländern mindestens 45 Beitragsjahre hätten, seien es bei den Frauen weniger als vier Prozent, rechnete Irmingard Schewe-Gerigk

Europäisches Jahr der Chancengleichheit
„Deutschland will sich auch nach Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft am 1. Januar aktiv für die bessere Teilnahme von Frauen an der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsfindung sowie für eine Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen einsetzen.“ Dies versicherte der Staatssekretär im Bundesfrauenministerium, Gerd Hoede, auf einem Treffen der EU-Gleichstellungsminstern in Helsinki. Hoede zufolge will sich die Bundesregierung insbesondere für eine Verbesserung der Chancen berufstätiger Frauen engagieren.

Die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 fällt zusammen mit dem für 2007 von der EU ausgetragenen „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“. Mit einem Budget von 15 Mio € will die EU-Kommission in dieser Zeit eine Informationskampagne starten, neue „Eurobarometer“-Umfragen zum Thema Diskriminierung finanzieren und nationale Initiativen zum Thema Chancengleichheit fördern. Geplant sind ferner ein „erster Chancengleichheitstag“ mit Ministerinnen, Gleichbehandlungsgleichfragen und Sozialpartnern“.

Für die Ausgestaltung des von der EU für 2007 ausgetragenen „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle“ hat das Bundesfrauenministerium als „nationale Durchführungsstelle“ für Deutschland mehrere Großveranstaltungen in Aussicht genommen. Für nationale, regionale und lokale Aktivitäten stehen EU-Wert 7,6 Mio € an EU-Geldern zur Verfügung, die in den Mitglieds- ländern aus öffentlichen und privaten Quellen kollektiert werden sollen. Im Wesentlichen sind folgende bundesweit tragende Aktionen geplant:

- Eröffnung und Inbetriebnahme der nationalen Antidiskriminierungsstelle, die auf der Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGL) agiert.
- Veranstaltung der institutionalisierten Frauenpolitikeraus Anlass des 20jährigen Bestehens des Bundesfrauenministeriums am Internationalen Frauentag am 8. März
- Fachtagung zur Thematik der geschlechtergerechten Verteilung der Mittel öffentlicher staatlicher und kommunaler Haushalte („Gender Budgeting“)
- Bundesweite Aktionssage zu den Themen „Frauen und Karriere“ sowie „Sport ist Frauen gut – Frauen tun dem Sport gut“ in den Sommermonaten.
- Internationales Symposium „Global Summit of Women“ für weibliche Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft im Juni in Berlin.

Wie wichtig der Bundesregierung die „Förderung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung in der EU“ im Rahmen des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle“ sei, lässt sich leicht an der im Bundeshaushalt eingestellten Summe zum Themenjahr messen.“ Der Betrag beläuft sich auf null Euro, erklärte die Sprecherin der Linkstraktion im Bundestag für Behindertenpolitik, Ilja Seifert. Wörtlich fügte sie hinzu: „Es gibt keinen Haushaltsartikel zum Jahr der Chancengleichheit. Stattdessen beschränkt sich die Bundesregierung darauf, die recht bestehende Summe von rund 600.000 € EU-Mittel durch die so genannte nationale Durchführungsstelle zu verteilen und ihr eigenes Engagement lediglich durch die Vergabe des Themenjahr-Lexis – im Sinne einer idealen Unterstützung – an bereits ausführende Projekte vorzutauschen.“ (pnd 04/12/06)

zeit 45 auf 50 oder 52 Jahren in die Diskussion gebracht worden. Nach dem jetzigen Kompromiss soll die Altersgrenze für die Witwenrente um zwei Jahre auf das 47. Lebensjahr heraufgesetzt werden.

Stufenweise Anhebung

Nach den Plänen der Koalition soll das Rentenalter von 2012 an bis zum Jahr 2029 schrittweise auf 67 Jahre angehoben werden. Betroffen sind die Jahrgänge ab 1947. Wer 2012 seinen 65. Geburtstag feiert, muss einen Monat länger arbeiten, um volle Rente zu beziehen. In den darauf folgenden Jahren erhöht sich die Arbeitszeit für Neurentnerinnen um jeweils einen Monat, ab 2024 um jeweils zwei Monate. Für alle nach 1963 Geborenen gilt schließlich die Regelaltersgrenze 67. ■

Zwd Frauen und Politik

11.238/2006

Bayern

Männer arbeiten zu viel, um aktive Väter zu sein

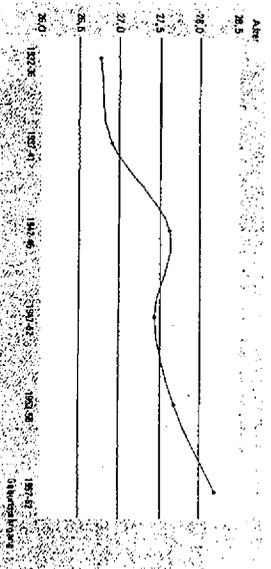
zwd München (mth) – Auch in Bayern ist der Mann als Alleinverdiener kein Mehrheitsmodell mehr: Nur noch gut ein Viertel der bayerischen Männer ernährt ihre Familien alleine. Das tatsächliche Engagement von Männern als Väter hinke den selbst formulierten Ansprüchen allerdings noch beträchtlich hinterher, kritisierte die bayerische Frauenministerin Christa Stewens (CSU) anlässlich der Vorstellung des bayerischen Familienreports 2006 am 23. Oktober in München.

Der Bericht legt den Schwerpunkt auf „Väter in der Familie“ und untermauert eine veränderte Einstellung von Männern zu ihrer Rolle als Väter. Zwei Drittel der männlichen Bevölkerung zwischen 18 und 60 Jahren stimmten der Auffassung zu, dass Männer sich mehr bei der Kinderbetreuung engagieren sollten. Aber auch wenn Väter offen für egalitäre Rollenmuster sind, führe dies zu wenig Veränderungen auf der Verhaltensesebene, stellen die AutorInnen der Studie fest. Nur 3,4 Prozent der bayerischen Väter arbeiten in Teil-

men nur acht von 100 Vätern auf drei Sprösslinge oder mehr.

Bundesweit ist nicht nur bei den Frauen, sondern auch bei den Männern die Bereitschaft für eigene Kinder in den vergangenen Jahrzehnten gesunken, so ein weiterer Aspekt der Studie. Während die Geburtsjahrgänge von 1930 bis 1937 sich mit mehr als zwei Kindern je Mann noch um bzw. über Bestandserhaltungsniveau fortpflanzten, lag die durchschnittliche Kinderzahl je Mann bei den jüngsten Jahrgängen nur noch um bzw. unter 1,5.

Mittleres Alter der Erst-Vaterschaft BRD



Quelle: ifb-Familienreport Bayern 2006

zeit, das Gros (81,5 %) geht einer Vollzeitbeschäftigung nach. Gut die Hälfte der berufstätigen Mütter (52,6 %) von minderjährigen Kindern war hingegen im Jahr 2004 in Teilzeit beschäftigt.

Bayerische Väter haben eine größere Kinderschar als ihre Geschlechts-genossen in anderen Bundesländern: 15 Prozent leben in einer Familie mit drei oder mehr Kindern, der Bundesdurchschnitt liegt bei 13,8 Prozent. In den neuen Bundesländern kom-

Auch Männer verschieben zunehmend das erste Kind auf später: Während die geborenen Männer noch im Mittel mit 26,7 Jahren zum ersten Mal Vater geworden sind, bekamen die zwischen 1957 und 1962 Geborenen im Schnitt erst mit 28,2 Jahren das erste Kind. Als Ursachen verweist der Report zum einen auf ein spätere Familiengründung, da auch die Ausbildung später abgeschlossen wird. Gesicherte wirtschaftliche Verhältnisse seien immer noch für viele Männer Voraussetzung, um Vater werden zu wollen. Das klassische Leitbild des finanziellen Versorgers habe weiterhin große Bedeutung, konstatierten die AutorInnen der Studie. Zum anderen nimmt auch die Zahl der Spätzeugenden zu: Immer mehr Männer werden erst jenseits der 35 erstmals Vater. ■

zwd Frauen und Politik

Nr. 238/2006

Signal an Familienpolitik

Auf die ernüchternde Zunahme der Anteile von Alleinerziehenden und unverheirateten Eltern mit Kindern unter 18 Jahren im Mikrozensus-Jahr 2005 hat der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (AMVM) hingewiesen. Der Anteil der Alleinerziehenden habe 2005 17,6 % betragen, der der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern 7,6 %. „Wenn es also immer weniger Ehepaare gibt, die Familien gründen, die sich der alternativen Familienformen aber zuwenden, sendet dies ein deutliches Signal an die Familienpolitik. Sie ist aufgerufen, ihre politischen Maßnahmen stärker auf die wachsende Zahl dieser Familien auszurichten“, betont der AMVM. Weiter heißt es: „Im Verlauf nimmt die Zahl der allein erziehenden Väter kontinuierlich ab. Lag der Anteil 2000 noch bei 12 %, finden sich 2005 nur noch 9,8 % alleinerziehende Väter. Dabei ist noch unklar, welche Ursachen dieser Rückgang haben könnte. In der Öffentlichkeit ist eher eine zunehmende Aufmerksamkeit für Väter, die ihre Kinder allein erziehen, zu verzeichnen.“ (fwd 04/1206)

Bundestag

Familienförderung

Ministerium rechnet nach

zwd Berlin (min) – Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend lässt die staatliche Familienförderung überprüfen. Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat am 15. Dezember in Berlin ein eigenes eingerichtetes „Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Expertinnen aus der Sozial-, Finanz-, und Wirtschaftswissenschaft sollen bis Frühjahr 2008 den Dschungel aus 145 Familienleistungen sichten, deren Wirksamkeit bewerten und Vorschläge für die Optimierung vorlegen.

Nach einer Aufstellung des Minireturns wurden im Jahr 2005 184 Milliarden für die Familienförderung ausgegeben. Allein die ehebezogenen Leistungen machten knapp 74 Milliarden aus. 34 Milliarden wurden für die Witwen- und Witwerrenten ausgegeben, knapp 20 Milliarden für das Ehegattensplitting. Neben Kindergeld und Erziehungsgeld schlage

vor allem die beitragsfreie Mitversicherung von Ehegattinnen (10 Milliarden) und Kindern (15 Milliarden) in Krankenkasse und Pflegeversicherung zu Buche.

Deutschland gibt im internationalen Bereich zwar relativ viel Geld für Familien aus, was sich allerdings nicht in einer hohen Geburtenrate widerspiegelt. Als Ziele einer nachhaltigen Familienpolitik nannte Ministerin von der Leyen die Unterstützung von Familien mit kleinen Kindern, die Förderung von Mehrkindfamilien sowie die Verbesserung der Balance zwischen Familie und Beruf für Mütter wie Väter. Der Soziologe Professor Heinz Bertram, Mitglied des Expertenteams, ging noch einen Schritt weiter. Ziel von Familienpolitik müsse sein, die ökonomische Unabhängigkeit von Müttern zu stärken und insbesondere stärkere Anreize für eine Rückkehr in den Beruf zu geben, so der Verfasser des Siebten Familienberichts. ■

Rente

Reform zu Lasten von Frauen

zwd Berlin (min) – Die Rentenreform belaste einseitig Frauen. Nicht nur die FDP meldete während der ersten Lesung im Bundestag Bedenken gegen das Gesetz an, mit dem die Große Koalition das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöhen will. Aus frauenpolitischer Sicht ist insbesondere die Ausnahmeregelung umstritten, nach der diejenigen abschlagsfrei mit 65 in den Ruhestand gehen dürfen, die 45 Beitragsjahre vorweisen können.

Verfassungsrechtliche Bedenken gegen diese Ausnahmeregelung machte die frauenpolitische Sprecherin der Grünen, Irmingard Schewe-Gerigk, geltend. Im Jahr 2004 konnten nur 5 Prozent der Frauen, aber 41 Prozent der Männer bei Renteneintritt auf solch eine lange Erwerbsbiographie zurückblicken. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen

forderte Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) auf, diese „frauendiskriminierende Ausnahmeregelung“ zurückzunehmen.

Auch die Initiative 50 plus, mit der die Regierung die Beschäftigungschancen Älterer erhöhen will, stieß bei der Opposition auf heftige Kritik. Arbeitsminister Müntefering zeigte sich dagegen optimistisch, dass durch einen Kombi Lohn älteren Menschen die Chance gegeben werde, im Erwerbsleben zu bleiben bzw. nach Arbeitslosigkeit schnell vermittelt zu werden. Zudem ist geplant, über-45-Jährige durch Bildungsgrütscheine in ihrer Weiterqualifizierung zu unterstützen. Die Beschäftigungsquote der 55 bis 65-Jährigen liegt in Deutschland derzeit bei 45,4 gegenüber 65,4 Prozent bei den Erwerbstätigen insgesamt. ■